

**Zeitschrift:** Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse  
**Herausgeber:** Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl  
**Band:** - (1984)  
**Heft:** 24  
  
**Rubrik:** Bundesgericht korrigiert Fehlurteil aus Liestal

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

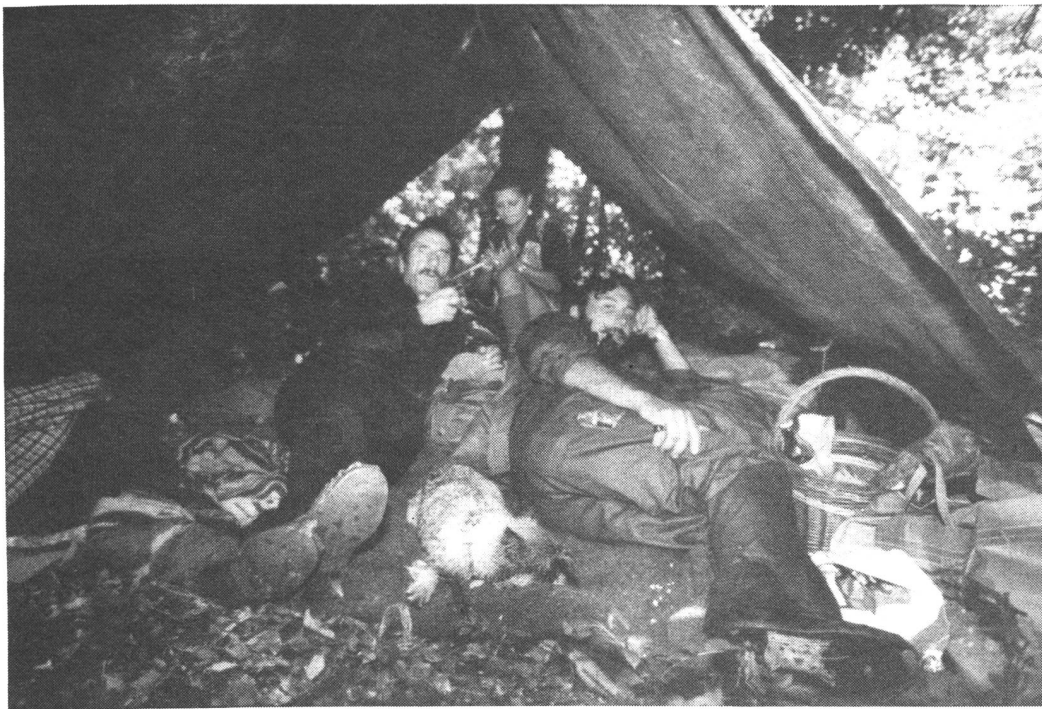
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



nicht mehr fahren siehst, um wo du die Vögel nicht mehr hören kannst. Dann steht schon böse um uns alle.

Noch vor zwei Jahren, als wir hier unser Lager hatten weckten uns am Morgen die Vögel mit ihrem Gezwitscher. Heute hörst du kaum mehr einen – es ist verdächtig still geworden.»

Ich mache mich bereit zum Aufbruch. Meine Zeit bei der Häfelis ist zu Ende. Fritz hat zwar gemeint, er bringe mich schon ein Handwerk bei, um bei ihnen bleiben zu können.

Kaspars Kommentar ist typisch: «Nur nie pressiert. Fang ersch im Früelig öppi neu a. Lueg, d'Natur macht au eso. Richt di nur na dena!»

Oberwiler Wohnwagen dürfen in die Wohnzone

Basler Zeitung v.10.9.1983, Seite 31

## Bundesgericht korrigiert Fehltrail aus Liestal

**Eine Familie jenischer Abstammung darf ihre Wohnwagen in der Oberwiler Wohnzone aufstellen, entschied das Bundesgericht. Es hob damit einen Entscheid des Verwaltungsgerichts auf und rügte diese Instanz zugleich für ihr Verhalten. Gemeinderat, Baupolizeiamt und Regierungsrat unterstützten das Baugesuch. Nachbarn jedoch waren dagegen.**

**Oberwil, ko.** Die sieben Oberwiler Anwohner, die sich gegen die Aufstellung von Wohnwagen für eine Familie jenischer Abstammung zur Wehr gesetzt hatten, sind vor dem Bundesgericht abgeblitzt. Die öffentlich-rechtliche Abteilung entschied am 10. August dieses Jahres, die Beschwerden gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts, das den Wohnwagen keine Ausnahmegewilligung zugestehen wollte, gutgeheissen.

Anfangen hat die ganze Geschichte damit, dass der Oberwiler Gemeinderat dem Gesuch einer jenischen Familie, ihre Wohnwagen aufstellen zu dürfen, positiv gegenüberstand und an einer Gemeindeversammlung am 13. Dezember 1979 sich mit grossem Mehr der Unterstützung der Bevölkerung versicherte.

### Gemeinderat: besondere Verhältnisse

Der Gemeinderat befürwortete in der Folge die Bewilligung des Baugesuches als Ausnahmegewilligung. Der Gemeinderat ist für die Gewährung solcher Ausnahmen zuständig, und zwar «in Abwägung öffentlicher und privater Interessen sowie in Würdigung der besonderen Umstände des Einzelfalles.»

Das Baupolizeiamt entsprach dem Gesuch, die kantonale Baurekurskommission wies die Einsprecher ab. Die Kommission führte insbesondere aus, dass das «Auf der Wacht» an der Binningerstrasse (zwischen Binningen und Oberwil) gelegene Land bisher Lager- und Übungsplatz für den Zivilschutz war. Die Parzelle eigne

sich für ein derartiges Camp (obwohl in der Zone W2f gelegen), da sie durch eine bewaldete Böschung vom übrigen Baugebiet abgetrennt sei.

### «Da könnte ja jeder kommen»

Der Regierungsrat entschied in gleichem Sinne, aber das Verwaltungsgericht hiess die Beschwerden am 23. Juni 1982 gut. Der Entscheid war mit drei zu zwei Stimmen gefallen. Das Verwaltungsgericht meinte, wenn das Begehren der jenischen Familie als Ausnahmesituation erkannt würde, so müsste jedem Gesuchsteller, der glaubhaft dartue, er ziehe künftig das Leben in einem Wohnwagen vor, eine Ausnahmegewilligung erteilt werden. Einem solchen Bedürfnis könne aber nur durch Änderung der Zonenordnung entsprochen werden.

Gegen diesen Entscheid reichte sowohl die Gemeinde wie auch die betroffene Familie staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht ein. Die Gemeinde machte eine Verletzung der Autonomie geltend, die betroffene Familie eine Verweigerung des rechtlichen Gehörs.

### Bundesgericht: Nicht haltbar

Das Bundesgericht bemängelt insbesondere, dass das Verwaltungsgericht sich mit den besonderen örtlichen Verhältnissen des an eine bewaldete Böschung anstossenden Grundstücks überhaupt nicht auseinandergesetzt hat, «obschon Regierungsrat und Baurekurskommission überzeugend darlegen, dass die besonderen topographischen Verhältnisse eine

Ausnahmegewilligung für ein Wohnwagen-Camp einer Familie rechtfertigen, geradezu angezeigt erscheinen lassen.» Weil diese besonderen örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen sind, treffe die Annahme nicht zu, dass eine Vielzahl gleichartiger Fälle zu einer unzulässigen «kalten Revision» der Zonenordnung hin ausliefe. Einen Hinweis auf diese besondere Lage erhalte man auch aus dem früheren Verwendungszweck der Parzelle.

Der Gemeinderat durfte deshalb in Ausübung seiner Autonomie das Vorliegen eines Ausnahmegrundes bejahen. Das Abweichen des Verwaltungsgerichts, das sich «mit den sorgfältigen Erwägungen der Vorinstanzen nicht auseinandergesetzt hat» sei nicht haltbar. Man könnte auch nicht sagen, dass die Beschwerdeführer von ihren oberhalb des Wäldchens rund 100 Meter entfernt gelegenen Liegenschaften ein schutzwürdiges überwiegendes Nachbarinteresse hätten.

Das Verwaltungsgericht begründe die Ermessensüberschreitung lediglich damit, dass die Ausnahmegewilligung zu einem sehr weitgehenden Abweichen vom Zonencharakter führe. Dieser Gesichtspunkt bilde jedoch kein ausschlaggebendes Kriterium für die Beurteilung der Frage, ob Ermessen willkürlich gehandhabt wurde. Die Tragweite der Abweichung von der üblichen Zone sei, wiederholt das Gericht im Lichte der örtlichen Verhältnisse zu würdigen.

Die Autonomiebeschwerde der Gemeinde Oberwil erweise sich unter allen Gesichtspunkten als begründet. Gutzuheissen sei auch die Beschwerde der Familie, denn das Verwaltungsgericht hat ihr «klarerweise das Recht verweigert», indem sie nicht zum Verfahren beigegeben war. Das Gericht habe damit Mindestanforderungen missachtet.

Mit diesem Urteil ist der Weg frei für die Erteilung einer Baubewilligung.